

Ja, zu Dings. Segeberg verstaatlichen.

Wahlprogramm der Partei Die PARTEI Kreisverband Segeberg zur Kommunalwahl 2023

Fluchtursachen verstärken

Internationale Migrationsbewegungen zeigen, dass der Kreis Segeberg im weltweiten Vergleich eine hohe Attraktivität als Wohnort besitzt. Bereits jetzt haben einige Menschen aus weniger attraktiven Gegenden hier eine neue Heimat gefunden und uns mit kultureller Vielfalt und neuen Perspektiven beschenkt.

Gleichzeitig gibt es im Kreis Segeberg immer mehr Wutbürger:innen, Nazis und Spaziergänger:innen, die eine große Unzufriedenheit empfinden, hier zu wohnen.

Wir sind für die Einführung eines Rotationsprinzips für Migrationsbewegungen, indem wir diesen Menschen die Möglichkeit geben, neue Länder als Wohnorte für sich zu erschließen. Wo sie wahlweise mehr Atomkraftwerke, mehr Intoleranz, härteren Kapitalismus, weniger Sozialstaat und autoritäre Regierungsformen finden.

Ostküstenleitung für öffentlichen Nahverkehr nutzen

Da die geplante Ostküstenleitung mit ihren etlichen Megawatt ohnehin jede Menge Energie transportiert, sportliche Magnetfelder erzeugt und die Bauarbeiten zu einer erheblichen Verdichtung der Böden führt, liegt für uns als ZukunftsPARTEI nichts näher, als diese guten Nebeneffekte zu nutzen. Bloß wenige unbedeutende Schlenker in der Strecke gebaut, könnten wir mit einer angehängten Magnetschwebebahn unseren schwachen bis nicht existenten öffentlichen Nahverkehr ersetzen und zahllose Dörfer des Kreises mit einem modernen und kosteneffizienten Transportmittel verbinden.

Lade- und Updatezeiten über 3 Minuten verbieten

Lange Lade- und Updatezeiten sind verantwortlich für eine Vielzahl gesellschaftlicher Probleme. Dazu gehören u. a. Teenagerschwangerschaften, Suchterkrankungen, Verkehrsunfälle, Beziehungsgewalt und vieles mehr. Wir fordern daher die Begrenzung auf maximal 3 Minuten, unabhängig von der Datenverbindung.

Folgekosten von Energieentscheidungen privatisieren

Die Gewinne der Energieindustrie werden bereits jetzt komplett privat eingestrichen. Gleichzeitig werden die Folgekosten weiterhin von der Gemeinschaft getragen. Öffentlich bezahlte Ordnungskräfte müssen lästige Atomtransporte bewachen und Braunkohletagebau von Menschen mit Gewissen freiknuppeln. Entsorgungsgebühren scheint es bislang nicht zu geben.

Wir möchten diese Situation gerechter gestalten und unsere Steuereinkassen und die Sicherheitsbehörden entlasten. Zukünftig soll in einem Modellprojekt für den Kreis Segeberg der anteilige Atommüll je nach Verbrauch selbst gelagert werden. Alle Konsumenten fossiler Brennstoffe bekommen ihre eigenen Quadratmeter Tagebau zugewiesen, die sie zukünftig selber von Klimaterroristen freihalten müssen. Bei Bezug von Ökostrom muss der Wohnort zukünftig in unmittelbarer Nähe von Solarflächen oder Windkraftanlagen liegen.

Funktionierender Haushalt für Kisdorf

Da die Kisdorfer Verwaltung es über Jahre nicht geschafft hat, zu erfüllen, was von fast allen Steuerzahlenden erwartet wird und dadurch die behördliche Handlungskompetenz erheblich blockiert war, senken wir einfach unsere Ansprüche:

Jedes Jahr erhält das Amt Kisdorf pauschal 16 Mio. Euro in bar, um diese nachweis- und verfahrensfrei zu verjuckeln. Wir glauben, dass dadurch schon ewig verschlafene oder vertagte Projekte endlich angefasst werden können.

Sollte sich das Projekt als erfolgreich erweisen, dann möchten wir diese Regelung kreisweit verwirklichen. Damit wird praktischerweise auch die Umsetzung von Korruption deutlich erleichtert, sodass es nicht mehr nötig ist, haufenweise Büromaterial und Datenträger auf Monate an die Ermittlungsbehörden abzugeben und damit auch den letzten Rest Handlungsfähigkeit zu verschenken.

Eingemeindung der Stadt Hamburg

Zu lange hat die Stadt Hamburg als Steueroase, billiger Wohnraum, Zufluchtsort für Metropolenbewohner, Sondermülldeponie und erweiterte Einkaufsstraße absolut unabhängig vor den Toren Segebergs existiert. Es wird Zeit, Hamburg endlich in den Kreis Segeberg zu holen.

Verschärfte Grenzkontrollen zum Kreis Pinneberg

Weil kein gutes Wahlprogramm ohne Spaltung auskommt und aufgrund der erhöhten Risikolage im Straßenverkehr, sollen Grenzanlagen zum Kreis Pinneberg gebaut werden. So wird die Verkehrsunfallrate hier im Kreis Segeberg nachhaltig gesenkt und wir können unserer Identität als Segeberger und Segebergerinnen das Label „immerhin nicht Pinneberg“ hinzufügen.

Tierärzt*innen ohne Grenzen

Angesichts einer genetischen Übereinstimmung zwischen Schweinen und Menschen auf dem Land von über 90% liegt es nur nahe, die ärztliche Versorgung in ländlich schlecht ausgebauten Regionen in die Hände der zahlreiche Tierärzte zu legen und auf diese Weise das Problem abwandernder Humanmediziner aus dem Gültigkeitsbereich Schleswig-Holsteins anzugehen.

Ihre politischen Ziele

Tragen Sie hier Ihre politischen Ziele ein, damit sie jetzt auch mal in einem Wahlprogramm stehen:

Kreuzfahrttourismus

Die PARTEI fordert: Trave ausbaggern, bis auch der größte Kreuzfahrtskiff hineinpasst. Nicht nur verteilen wir somit CO₂-Emissionen gerecht von Lübeck bis Klein Rönne, sondern wir unterstützen auch den Tourismus bis in die letzten Ecken der Zivilisa... äh, unserer Region. Für die Umsetzung erzählen wir der RWE einfach, unter der gesamten Schwentine gäbe es ein Braunkohlevorkommen mit Höhlen voller grüner Klimaaktivist:innen. Das Bauvorhaben sollte so in zwei Wochen abgeschlossen sein.

Verkehrssicherheit

Wir lernen aus den fatalen Fehlern, die gerne auf Schiffsverkehrsstraßen gemacht werden. Um den Zusammenstoß von Schiffen und Brücken, Schiffen und Schiffen und Brücken und Brücken im Kreis Segeberg zu vermeiden, werden wir nach Abschluss der Bauarbeiten sofort sämtlichen Schiffsverkehr (und Brückenverkehr) auf der Trave einstellen. Außerdem soll keine Brücke, Fähre oder Sonstiges den Fluss queren. Das minimiert das Unfallrisiko enorm und spart Instandhaltungs- und Wartungskosten.

Fischerei

Um die Fischbestände in unseren Gewässern zu schützen und zu pflegen, soll es Kormoranen in Zukunft erlaubt sein, Fischer:innen zu jagen. Als eine Aufwandsentschädigung sollen die Tiere den Kreis Ostholstein bekommen.

Rechts ist doof

Wir fordern Linksverkehr für den gesamten Kreis Segeberg. Grund: Rechts ist doof.

Ja, zu Dings. Segeberg verstaatlichen.